Sicherheit in Zeiten der Schwarzen Null

Proaktives bzw. reaktives Handeln von Politikern

von Annette Brückner / Redaktion POLICE-IT

Proaktiv ist ein Handeln, das sich durch Vorausplanung und Zielorientierung auszeichnet.

► Politische Forderungen und ihr möglicher Beitrag zu mehr Sicherheit

In diesem Sinne ist das Handeln der meisten Politiker nicht als proaktiv zu bezeichnen. In der aktuellen Lage, nach mindestens drei Anschlägen in wenigen Tagen, übertreffen sich führende Politiker vielmehr mit Forderungen, wie auf die aktuelle Situation zu **reagieren** sei.

- Der **Waffenhandel** soll strenger kontrolliert werden. Dabei ist bekannt, dass 95% aller Straftaten mit illegalen Waffen begangen werden. [1]
- Sogenannte **Killerspiele** sollen verboten werden: Denn der Bundesinnenminister beklagt das „unerträgliche Ausmaß von gewaltverherrlichenden Spielen im Internet auf eine schädliche Entwicklung von Jugendlichen“. Den behaupteten Zusammenhang hat die Wissenschaft bisher allerdings gar nicht finden können. [2]
- Die **Videoüberwachung** soll ausgebaut werden, um Straftaten aufzuklären. Wie das finanziert werden soll und welches Personal sich um die Auswertung kümmert, steht in den Sternen.
- Überhaupt: Überwachung! Auch die **Telekommunikationsüberwachung** soll ausgeweitet werden. Das erst vor kurzem erweiterte Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung soll schon wieder ausgeweitet werden und jetzt noch länger als zehn Wochen die Speicherung von Verbindungsdaten erlauben.
- **Flüchtlinge** sollen nun rasch **identifiziert** werden: Hunderttausende von Flüchtlingen und Asylsuchenden kamen im vergangenen Jahr ins Land. Deutschland, eines der hoch entwickelten Industrieländer, war jedoch nicht in der Lage, alle Einreisenden zu registrieren und zu identifizieren. Eine völlig heterogene IT-Systemlandschaft zwischen dem zuständigen BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), den Ländern und Kommunen ist dafür die wesentliche Ursache. An der sich bis heute nicht allzu viel geändert hat. Noch immer sitzt das BAMF auf einem Berg von mehreren hunderttausend Anträgen. Die aktuelle Forderung nach einer nachträglichen Identifizierung täuscht Aktivität vor. Die Frage bleibt offen, wer diese Identifizierung vornehmen soll und warum ein Ausländer ohne Ausweispapiere heute zu ‚identifizieren‘ sein soll, der vor einem Jahr nicht zu identifizieren war.
- **Einsatz der Bundeswehr im Innern**: Auch so eine Forderung fürs Schaufenster! Denn, erstens, gibt es schon jetzt die gesetzliche Grundlage dafür, dass die Bundeswehr bei Notlagen eingesetzt werden darf. Allerdings ist die Bundeswehr – zweitens – für zivile Einsätze weder ausgebildet. In den vergangenen Monaten hörte man – drittens – vor allem Klagen darüber, dass die Bundeswehr schon jetzt mit zu vielen Aufgaben konfrontiert ist. Und – viertens – lässt sich mit Besenstilen und anderen Surrogaten für nicht funktionierende oder vorhandene Munition oder Waffensysteme auch im Innern kein militärisch erfolgreicher Einsatz bestreiten.
- Und dann wäre da noch die populistisch effektive Forderung nach **schneller Ausweisung von straffälligen Ausländern**: Das Problem ist nur: Sonderlich viele Ausländer, die eine rechtskräftige Verurteilung aufweisen, die wiederum eine schnelle Abschiebung möglich machte: So viele straffällige Ausländer gibt es gar nicht.
- Das gefühlte Problem mit der Inneren Sicherheit, sei es die Furcht, von einem Terroranschlag betroffen zu werden oder von einem Amoklauf, oder auch, was viel häufiger ist, die Betroffenheit von einem Wohnungseinbruch, geht nicht von zuvor sorgsam verurteilten Ausländern aus. Rund 60% der Wohnungseinbrecher, sagt die jüngste Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), sind Deutsche. Die Täter, die für die jüngsten Anschläge verantwortlich sind, sind vorher nicht strafrechtlich verurteilt gewesen. Insofern ist die Straffälligkeit bzw. strafrechtliche Verurteilung offensichtlich das falsche Kriterium, um potenziell bedrohliche/gewalttätige Personen rechtzeitig zu identifizieren.

► Prävention und Therapie statt Repression

Mit gesundem Menschenverstand fällt jedoch auf, dass wir es mit Menschen zu tun haben, die psychisch überlastet sind. Sei es, dass es sich um Kriegsflüchtlinge handelt, die aufgrund ihrer Erlebnisse traumatisiert sind. Sei es, dass die Ungewissheit einer langen Wartezeit auf asylrechtliche Bearbeitung zermürbt, dass ein Ausweisungsbeschluss zugestellt wurde oder dass Mobbing einen jungen Mann in eine für ihn aussichtslose Situation treibt.

Dass die deutsche Gesellschaft mit mehr psychisch labilen und betreuungsbedürftigen Personen zu tun hat als vor der Flüchtlingswelle ist unstreitig. Die daraus resultierenden Probleme werden jedoch weder durch das Verbot von Killerspielen, noch durch die Bundeswehr im Innern wirksam angegangen. Man wird in den sauren Apfel beißen, guten

Willen aufbringen und Geld in die Hand nehmen müssen, um soziale Probleme in dieser Gesellschaft – die durchaus nicht nur „Ausländer“ und „Flüchtlinge“ betreffen – mit adäquaten Mitteln anzugehen. Prävention und Therapie statt Repression sind Wege, die in die richtige Richtung weisen. Doch dazu braucht man qualifizierte Kräfte!

► Personalabbau bei der Polizei: Das Gegenteil von proaktivem Handeln

Der bayerische Ministerpräsident Seehofer hat für sich die Zeichen der Zeit erkannt. Er verlangt „mehr Bürgerschutz“, der erreicht werden soll durch mehr Polizeipräsenz und eine bessere Ausstattung der Polizei. Und damit wäre man wieder angelangt beim eingangs erwähnten Begriff: Proaktiv!

Proaktiv war es nämlich gerade nicht, seit 2005 beim Bund und in zehn der sechzehn Bundesländer, zum Teil ganz dramatisch [3] Personal abzubauen. Dies geschah, obwohl Fachleute gewarnt haben, vor einer Reduzierung von Polizeivollzugskräften.

Doch über Jahre teuer bezahlte Berater konnten in nicht nur einem Bundesland ihre Konzepte für ‚polizeiliche Strukturreformen, durchsetzen, der Politik weismachen, dass weniger Bevölkerung (wie z.B. in Brandenburg) auch weniger Bedarf nach Polizei hat.

Groß in Mode war auch die vielseitige Verwendbarkeit des mit einem polizeilichen Studium Generale ausgebildeten, so genannten **Einheitspolizisten**. Der so heißt, weil eine einheitliche Ausbildung ihn umgehend nach Verlassen der Fachhochschule (angeblich) befähigt zur Verwendung in jeder beliebigen polizeifachlichen Anforderung: Sei es in der Kriminaltechnik, bei der Verkehrspolizei, als Revierpolizist, bei der Drogenfahndung oder als Kriminalist im Bereich der Organisierten oder Wirtschaftskriminalität. Bei diesem – fast flächendeckend praktizierten – Ansatz wurde die Bedeutung einer fachspezifischen kriminalistischen Ausbildung vollkommen vernachlässigt. Nicht vorhandene Berufserfahrung spielte keine Rolle. Und fachpolizeiliche Organisationsstrukturen (vor allem in der Kriminalpolizei und Kriminaltechnik / Spurensicherung) wurden ohne Rücksicht auf die Konsequenzen einfach zerschlagen.

⇒ **Personalabbau in den Bundesländern 2005 bis 2015**

In Folge solcher Konzepte kam es – gerade in den Neuen Ländern, die für solche, aus dem Westen importierte Beratung in vielerlei Hinsicht besonders offen waren – zu einem dramatischen Personalabbau:

Die fünf Neuen Länder stehen an der Spitze dieser Statistik:

- Sachsen-Anhalt: -22,5%
- Brandenburg: -14,9%
- Mecklenburg-Vorpommern: -14,5%
- Sachsen: -9,5% und
- Thüringen: -9%

Im Westen folgen

- Saarland: -6,6%
- Bremen: -3,7% und
- Hamburg: -2,1%

Eine ‚rote Null‘ zeigt sich bei

- Baden-Württemberg mit -1,5% und
- dem Bund mit -1,1%

Eine schwarze Null bei

- Berlin mit +0,4% und
- Hessen mit 1,4%

Einen leichten Zuwachs zwischen 3,5 und 3,8% weisen die Flächenländer aus:

- Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.
- Bayern liegt bei +4,7% und

- Rheinland-Pfalz führt die Statistik an mit +6,7%.

► Die Folgen von Schuldenbremse und Schwarzer Null auf die Innere Sicherheit

Es waren jedoch nicht nur die oben gescholtenen Berater und ihre Adepten in den Polizeiabteilungen der Innenministerien, die das aktuelle Fiasko der unzureichenden polizeilichen Leistungsfähigkeit und mangelhaften Ausstattung zu verantworten haben.

Die Schuldenbremse und die fixe Idee von Herrn Schäuble von der **Schwarzen Null**, [4a, 4b] tragen einen wesentlichen Teil der Verantwortung. Denn mit der Schuldenbremse wurde ins Grundgesetz eingeführt, dass die Länder nach Art. 109 GG ihre Ausgaben grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten finanzieren müssen [a].

⇒ **Sparen und die Schwarze Null**

Man machte sich also ans Sparen in den Ländern. Personalabbau ist eine Möglichkeit zum Sparen. Ältere Mitarbeiter wurden vorzeitig in Rente geschickt. Nachwuchs wurde außerordentlich sparsam rekrutiert. Dass es Jahre dauert, bis geeignete Bewerber für den Polizeiberuf angeworben und selektiert und dann ausgebildet sind, spielte zu dem Zeitpunkt keine Rolle. Man war sich ja einig darüber [, wie in der Wirtschaft auch!], dass Personal der wesentliche Kostenblock ist und daher zu reduzieren ist.

⇒ **Kreative Gestaltung der öffentlichen Haushalte**

Wo es nicht möglich schien, noch mehr Kosten einzusparen, gestaltete man die Haushaltsdaten kreativ:

Investitionen mit hohen Anschaffungskosten in den Anfangsjahren wurden, vor allem im Baubereich, vermieden durch **ÖPP-Projekte**, das sind öffentlich-private Partnerschaften, wie sie z.B. im Autobahnbau gern praktiziert werden. Dass die angeblichen Einspareffekte für die öffentliche Hand sich ins Gegenteil verkehren und ÖPP-Projekte wesentlich teurer werden, als jedes von der öffentlichen Hand in Eigenregie gestemmte Projekt, darauf haben die Rechnungshöfe von Bund und Ländern in einer gemeinsamen Schrift schon vor Jahren hingewiesen.

Im Polizeibereich tat man sich (und tut sich auch aktuell noch) schwer mit der Auslagerung an private Vertragspartner [b] [c]. Zumindest dort, wo es um **„hoheitliche Aufgaben" der Polizei** geht oder um den Umgang mit polizeilich relevanten Informationen.

⇒ **Das IPCC uns sein Konzept der Umsetzung der Schwarzen Null**

Wenn es jedoch um die Beschaffung und den Unterhalt von IT-Systemen geht, haben der Bund und viele Bundesländer unter der Führung von Hamburg (früher Hessen) eine Art finanzielles Perpetuum Mobile entwickelt. Es wurde getauft auf den Namen IPCC = Inpol Polas Competence Center. Und basiert auf der Überlegung, dass haushaltswirksame Ausgaben dadurch wirksam vermieden werden, dass man Beamte und Verwaltungsangestellte dafür einsetzt, IT-Systeme für die Polizei zu entwickeln, betreiben und pflegen zu lassen.

- Dass dieser Personenkreis eigentlich für polizeiliche Aufgaben eingestellt wurde: Interessiert nicht, denn „polizeiliche Aufgaben" ist ein dehnbarer Begriff!
- Dass dieser Personenkreis keinerlei Ausbildung hat in Design, Entwicklung, Wartung und Pflege von IT-Systemen: Macht auch nichts: Denn Fehler und Probleme werden ja nur polizeiintern offensichtlich. Und Polizeibeamte sind – bekanntlich – zur Verschwiegenheit gegenüber Dritten verpflichtet. Und halten sich daran im eigenen Interesse!
- Und wo man tatsächlich mal professionelle Entwickler braucht, Leute, die schon mal mehr Programmcode geschrieben haben als ein paar Zeilen in Basic oder Excel-Makros: Da beauftragt stellvertretend Hamburg für alle anderen Länder der IPCC-Kooperation den landeseigenen IT-Dienstleister Dataport. Und was der dann – mit oder ohne Ausschreibung – an dritte Firmen an Aufträgen vergibt, ist nicht mehr Sache der Länder, die der IPCC-Kooperation angehören.

Auf diese Weise hat das Schäuble'sche Konzept und seine Umsetzung in Schuldenbremse und Schwarzer Null maßgeblich dazu beigetragen, dass die IT-Ausstattung deutscher Polizeibehörden und deren Leistungsfähigkeit dem internationalen technischen Standard inzwischen um Lichtjahre hinterher hinkt. Zumindest aber sind die finanzpolitischen Vorgaben – Keine Schulden! – buchstabengetreu eingehalten!

Proaktiv – im Sinne der finanzpolitischen Vorgaben – war dieses Vorgehen! Leider hatte und hat es bis heute die Verbesserung der Inneren Sicherheit überhaupt nicht im Auge. Wohl aber die Umsetzung eines Konzepts der Schwarzen Null, die, ganz nebenbei, den IT-Abteilungen der Polizeibehörden von Bund und Ländern eine Unabhängigkeit und Unkontrollierbarkeit verschafft hat, die aus deren Sicht geradezu traumhaft ist.

► Fußnoten:

[a] Auf Sonderregelungen für einzelne Länder und Übergangsfristen wird hier nicht weiter eingegangen.

[b] Wo es nicht um hoheitliche Aufgaben geht und nicht um den Zugriff auf polizeilich relevante, schützenswerte Informationen: Da sind findige und unter Druck stehende Politiker, wie der sächsische Innenminister oder Bundesinnenminister de Maizière inzwischen auf ‚Wachpolizisten' verfallen. Schnell akquirierte und angelernte Hilfspolizisten in Uniform, die die wahrnehmbare Präsenz beim Bürger verstärken sollen, ohne dass es sich tatsächlich um qualfiziert ausgebildete Polizisten handelt.

[c] Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat der Bundesinnenminister mit den Länder-Innenministern auf der Frühjahrkonferenz auch eine „Kampagne für uniformierte Einsatzkräfte" verabredet. Wir haben im Bundesinnenministerium nachgefragt, was es damit auf sich hat: Hier die Antwort vom 29.06.2016, ungekürzt und im Originalton:

[**Frage**] Um welche Kampagne handelt es sich? Wann wurde sie von wem und mit welchem Ziel gestartet? Mit welchen Personal- und Finanzmitteln ist sie unterlegt?

„Im Bundesministerium des Innern gibt es erste Überlegungen, eine „Kampagne für uniformierte Einsatzkräfte" (Arbeitstitel) durchzuführen, um dem gestiegenen Unsicherheitsempfinden in der Bevölkerung entgegenzutreten sowie insbesondere das Bild der Polizei als Schutz- und Sanktionsinstanz auch bei Zuwanderern zu verankern."

[**Frage**] Welche „Einsatzkräfte" sind im Detail gemeint?

„Die Kampagne befindet sich noch in einem frühen Planungsstand, so dass über die Antwort auf Frage 1 keine weiteren Einzelheiten genannt werden können."

[**Frage**] Inwiefern trägt eine Uniformierung im Sinne der Kampagne zum Schutz öffentlicher Bediensteter gegen Gewalt bei?

„Die Uniformierung von Polizeikräften hat das vorrangige Ziel, die Träger des Gewaltmonopols für die Bevölkerung erkennbar und ansprechbar zu machen sowie über die sichtbare Präsenz das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu steigern. Dementsprechend zielen die Überlegungen zur Kampagne in erster Linie auf die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung und weniger auf den Schutz öffentlicher Bediensteter ab."

► Quellen und Hinweise:

[1] Das Material zu diesem Absatz stammt aus diesem Artikel in der Welt: ‚Terror, Amok, Asylmissbrauch – Wie schützen wir uns?', 27.07.2016, Welt Online - **weiter** **[3]**.

[2] ‚Zurück in die Nullerjahre: DeMaizière reanimiert Killerspiel-Debatte, 23.07.2016, Süddeutsche Zeitung - **weiter** **[4]**.

[3] 'Polizei: Personalabbau im Osten, Zuwächse in einigen westlichen Flächenländern, 29.06.2016, Statistisches Bundesamt - **weiter** **[5]**.

[4a] 'Schäuble's falscher Fetisch, 23.03.2015, Cicero - **weiter** **[6]**.

[4b] 'Die Schwarze Null widerspricht dem Geist des Grundgesetzes, 08.07.2016, Thomas Fricke auf Spiegel Online - **weiter** **[7]**.

► Quelle: Erstveröffentlich am 27.07.2016 bei https://police-it.org/ >Artikel [8].

Der Artikel steht unter der Lizenz Creative Commons BY-NC-SA 4.0 > Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-NC-SA 4.0)
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de

► Über Police-IT

Polizei und Informationssysteme – eine Kombination, über die kaum etwas bekannt ist in der Öffentlichkeit, bei Anwälten oder Betroffenen. Das ist verwunderlich: Es kann Sie und mich jederzeit treffen, die eigenen Informationen wiederzufinden in solchen Systemen. Und keiner – insbesondere auch die Polizei nicht! – kann sagen, ob diese Informationen mit der Wirklichkeit übereinstimmen, an wen sie weitergegeben werden und wie lange sie gespeichert bleiben.

Anwälte sollten ein Interesse daran haben, zu erfahren, welche Informationen in den Systemen der Polizeibehörden landen, egal ob sie Beschuldigte verteidigen oder Geschädigte vertreten. Denn zunehmend bestimmt nicht „die Akte", sondern der Informationsbestand in den polizeilichen Informationssystemen den Verlauf der Ermittlungen. Und wir alle

sollten uns fragen, ob für die zig Millionen, die jährlich ausgegeben werden für polizeiliche Informationssysteme, tatsächlich ein adäquater Nutzen erwirtschaftet wird bzw. wer eigentlich profitiert von dem vielen Geld, das da ausgegeben wird. Hier bitte weiterlesen [9].

► Bild- und Grafikquellen:

1. DIKTATUR DER SICHERHEIT. Foto: Sven Steinmeyer. **Quelle:** Flickr [10]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 Generic (CC BY-SA 2.0 [11]).

2. Als **Einbruch** bezeichnet man das unerlaubte Eindringen in einen abgegrenzten Bereich bei Überwindung eines Hindernisses oder einer besonderen Sicherung gegen Wegnahme; Näheres wird im nationalen Recht definiert. Ein Einbruch geschieht in der Regel mit dem Ziel, in den Besitz von Gegenständen und/oder Informationen zu gelangen. Ein Tatbestand „Einbruch“ kommt jedoch im deutschen Rechtsraum nicht vor. Einbruch ist immer an weitere Motive oder Tatbestände gekoppelt, wie Diebstahl [12], Hausfriedensbruch [13] oder die Sachbeschädigung an Hindernissen bzw. der Versuch derselben. **Foto:** Metropolico.org . **Quelle:** Flickr [14]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 Generic (CC BY-SA 2.0 [11]).

3. Horst Lorenz Seehofer (* 4. Juli 1949 in Ingolstadt) ist seit Oktober 2008 Ministerpräsident des Freistaates Bayern und Vorsitzender der CSU. Hat man von Seehofer je eine Brandrede gegen die USA gehört, ein Aufbäumen gegen die Kriegspolitik der NATO-Staaten gesehen, einen Einspruch gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr vernommen? Hat er sich gegen Export-Aufträge an Krauss-Maffei-Wegmann eingesetzt? Oder die Rüstungsindustrie in Bayern kritisiert? Hat er nicht. Seehofer ließ seine Jasager beim großen Kriegsgeschäft immer zustimmen. Keinerlei Vorbehalte aus der bayerischen Staatskanzlei zu keiner einzigen der zahlreichen Gewalt-"Missionen", zu denen in Berlin getrommelt wurde.

Ein tapferer Christ, wie er im Gebetbüchlein steht! Ein scheinheiliger Katholik, wie ihn der Papst vielleicht in Ungarns Regierung verorten würde. Tatsächlich plauschte er mit dem Stacheldraht-Orban sehr einvernehmlich. Er sieht ihn als Grenzwächter Europas. Nun mimt er selbst den obersten Grenzschützer Deutschlands. Anstatt ein zukunftsweisendes, bedarfsgerechtes Wohnungsbau-Programm in Ballungsgebieten anzukurbeln, lässt er an weißblauen Grenzpfählen die Rollläden herunter. Er droht und erpresst wie ein kleiner Bub die Mutti: Entweder du lässt die Bundespolizei alles komplett dicht machen, oder ich verhafte sie alle kurz dahinter. (Text: WOB)

Das Foto von Horst Seehofer entstand am 17.07.2012 im Bayerischen Landtag.**Foto:** © Michael Lucan [15], München. (Pixeldost Bildagentur, Inh. Michael Lucan). **Quelle:** Wikimedia Commons [16]. Diese Datei ist unter derCreative-Commons [17]-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 nicht portiert“ [18] lizenziert. (Lizenz: CC-BY-SA 3.0). **Achtung:** Dieses Werk steht unter einer (oder mehreren) freien Lizenz(en), die mit den Lizenzbedingungen von Facebook nicht vereinbar sind. Eine Verwendung auf Facebook ist daher **nicht** zulässig, sondern wäre eine Schutzrechtsberühmung und Urheberrechtsverletzung. Bitte vermeiden Sie im eigenen Interesse, Dritten das Teilen/Sharen des Werkes bei Facebook anzubieten.

4. Türschild mit Klingel einer Polizeiwache. **Foto:** Herr Olsen. **Quelle**: Flickr [19]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung-Nicht kommerziell 2.0 Generic (CC BY-NC 2.0 [20]).

5. Polizeischild an Hauswand. Foto: Alexandra. **Quelle**: Pixabay. Alle bereitgestellten Bilder und Videos auf Pixabay sind gemeinfrei (Public Domain) entsprechend der Verzichtserklärung Creative Commons CC0 [21]. Das Bild unterliegt damit keinem Kopierrecht und kann - verändert oder unverändert - kostenlos für kommerzielle und nicht kommerzielle Anwendungen in digitaler oder gedruckter Form ohne Bildnachweis oder Quellenangabe verwendet werden.

6. Wolfgang Schäuble (* 18. September 1942 in Freiburg im Breisgau) ist ein deutscher Politiker der CDU, seit 1972 Mitglied des Bundestages und derzeit Bundesminister der Finanzen [22] im Kabinett Merkel III. Er war von 1984 bis 1989 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, sowie von 1989 bis 1991 und von 2005 bis 2009 Bundesminister des Innern. Von 1991 bis 2000 war Schäuble Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und von 1998 bis 2000 Bundesvorsitzender der CDU. 1990 wurde er Opfer eines Attentates und ist seither auf den Rollstuhl angewiesen. Mit über 43 Jahren Parlamentszugehörigkeit ist Wolfgang Schäuble der dienstälteste Abgeordnete in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. **Foto:** © Etienne Ansotte / International Monetary Fund (IMF). **Quelle:** Flickr [23]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 2.0 Generic (CC BY-NC-ND 2.0 [24]).

7. SCHWARZE NULL. Schäuble’sche Konzept und seine Umsetzung in Schuldenbremse und Schwarzer Null haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die IT-Ausstattung deutscher Polizeibehörden und deren Leistungsfähigkeit dem internationalen technischen Standard inzwischen um Lichtjahre hinterher hinkt. Zumindest aber sind die finanzpolitischen Vorgaben – Keine Schulden! – buchstabengetreu eingehalten! **Grafik:** OpenClipart-Vectors. **Quelle**: Pixabay. Alle bereitgestellten Bilder und Videos auf Pixabay sind gemeinfrei (Public Domain) entsprechend der Verzichtserklärung Creative Commons CC0 [21]. Das Bild unterliegt damit keinem Kopierrecht und kann - verändert oder unverändert - kostenlos für kommerzielle und nicht kommerzielle Anwendungen in digitaler oder gedruckter Form ohne Bildnachweis oder Quellenangabe verwendet werden.

---

politikern

Links
[1] https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/5720%23comment-form
[2] https://kritisches-netzwerk.de/forum/sicherheit-zeiten-der-schwarzen-null-proaktives-bzw-reaktives-handeln-von-politikern
[3] http://www.welt.de/politik/deutschland/article157314944/Terror-Amok-Asylmissbrauch-Wie-schuetzen-wir-uns.html
[4] http://www.sueddeutsche.de/digital/amoklauf-in-muenchen-zurueck-in-die-nullerjahre-de-maizire-reanimiert-killerspiel-debatte-1.3092117
[5] https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/ImFokus/OeffentlicheFinanzenSteuern/PersonalPolizei.html
[6] http://www.cicero.de/berliner-republik/die-schwarze-null-schaeubles-falscher-fetisch/59024
[7] http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/wolfgang-schaeuble-die-schwarze-null-ist-oekonomisch-gefaehrlich-kolumne-a-1101917.html
[8] https://police-it.org/sicherheit-in-zeiten-der-schwarzen-null
[9] https://police-it.org/ueber-police-it
[10] https://www.flickr.com/photos/swelt/3334646471/
[11] https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.de
[12] https://de.wikipedia.org/wiki/Diebstahl_%28Deutschland%29
[13] https://de.wikipedia.org/wiki/Hausfriedensbruch_%28Deutschland%29
[14] https://www.flickr.com/photos/95213174@N08/13825892054/
[15] http://www.lucan.org/
[16] https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2012-07-17_BYL_135.JPG?uselang=de
[17] https://en.wikipedia.org/wiki/de:Creative_Commons
[18] https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de
[19] https://www.flickr.com/photos/herrolsen/6269924507/
[20] https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/deed.de
[21] https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de
[22] http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesministerium_der_Finanzen
[23] https://www.flickr.com/photos/imfphoto/12293443264/
[24] https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/deed.de
[25] https://kritisches-netzwerk.de/tags/asylverfahren
[26] https://kritisches-netzwerk.de/tags/bundesanstalt-fur-migratoin-und-fluchtlinge
[27] https://kritisches-netzwerk.de/tags/bamf
[28] https://kritisches-netzwerk.de/tags/bundeswehr
[29] https://kritisches-netzwerk.de/tags/einheitspolizist
[30] https://kritisches-netzwerk.de/tags/fluchtlinge
[31] https://kritisches-netzwerk.de/tags/innere-sicherheit
[32] https://kritisches-netzwerk.de/tags/inpol-polas-competence-center-ipcc
[33] https://kritisches-netzwerk.de/tags/killerspiele
[34] https://kritisches-netzwerk.de/tags/offentlich-private-partnerschafte
[35] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizei-personalabbau
[36] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeistrukturreform
[37] https://kritisches-netzwerk.de/tags/pravention
[38] https://kritisches-netzwerk.de/tags/proaktives-handeln
[39] https://kritisches-netzwerk.de/tags/repression
[40] https://kritisches-netzwerk.de/tags/schauble-wolfgang-dr
[41] https://kritisches-netzwerk.de/tags/schuldenbremse
[42] https://kritisches-netzwerk.de/tags/schwarze-null
[43] https://kritisches-netzwerk.de/tags/sicherheit
[44] https://kritisches-netzwerk.de/tags/sicherheitspolitik
[45] https://kritisches-netzwerk.de/tags/telekommunikationsuberwachung-tku
[46] https://kritisches-netzwerk.de/tags/videouberwachung
[47] https://kritisches-netzwerk.de/tags/vorratsdatenspeicherung
[48] https://kritisches-netzwerk.de/tags/waffenhandel
[49] https://kritisches-netzwerk.de/tags/uberwachung
[50] https://kritisches-netzwerk.de/tags/uberwachungsstaat